

Riesner Tagesblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Druckort: Tagesblatt Rijsa.
Journal Nr. 90.

Verlagsort: Leipzig 11304.
Stroße Rijsa Nr. 52.

Für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Rijsa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 13.

Sonntag, 17. Januar 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesner Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Übernahme für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Schriftgröße (7 Spalten) 60 Pf., Ortspreis 50 Pf.; getraubener und tabellarischer Satz 50 Pf., Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. feste Tarife. Verwilligter Rabatt erlischt, wenn der Verlag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rijsa. Viereckige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Expedition oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Hefen und auf Rückzahlung des Bezugspreises. Stillschließung und Verlagsänderung: Rijsa, Poststraße 52. Verantwortlich für den Inhalt: Arthur Schöne, Rijsa; für den Vertrieb: Wilhelm Dietrich, Rijsa.

Nachstehende Bekanntmachung der Reichsfeischstelle wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 15. Januar 1920.

Reichsfeischstelle, Verwaltungsabteilung.

109 V L A III
14771

Bekanntmachung

zu der Verordnung über die Verwendung des Mehrlöses aus den Häuten von Schlachtwild und Schlachtfleisch vom 26. November 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1903).

Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Verwendung des Mehrlöses aus den Häuten von Schlachtwild und Schlachtfleisch vom 26. November 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1903) werden für die Zeit vom 19. Januar bis 15. Februar 1920 einschließlich folgende Sätze als Höchstpreise festgesetzt, die an den Tierhalter zu bezahlen ist, für den Sentner Lebendgewicht festgelegt:

- für Rinder, ausgenommen Kälber . . . 52,20 Mk.
- Kälber . . . 99,90 . . .
- Schafe mit vollwolligen, halblangen und kurzwolligen Felten . . . 73,20 . . .
- Schafe mit Böcken . . . 60,— . . .
- Pferde, einschließlich Fohlen, Esel, Maultiere und Maulesel . . . 37,20 . . .

Berlin, den 12. Januar 1920.

Reichsfeischstelle, Verwaltungsabteilung.

Der Vorsitzende: v. Oertzen.

Wirtschaftspreise.

Zur Deckung der seit dem 1. Januar 1920 erhöhten Umsatzsteuer werden die in der Verordnung über Höchstpreise vom 4. September 1919 (Nr. 204 der Sächsl. Staatszeitung vom 6. September 1919) bestimmten Höchstpreise und Höchstlöhne erhöht wie folgt:

- Die Erzeugerpreise (§§ 1 und 7 der Höchstpreisverordnung) um 1 Pfa. das Liter.
- Die Wiederverkaufspreise der Landmolkereien (§ 1 Abs. 5 der Höchstpreisverordnung) um 2 Pfa. das Liter.
- Die Kleinhandelshöchstpreise
- a) für Gemeinden bis zu 10000 Einwohnern (§ 2a der Höchstpreisverordnung) um 2 Pfa. das Liter.
- b) für Gemeinden über 10000 Einwohner und ihre Vororte (§ 2b und c der Höchstpreisverordnung) um 3 Pfa. das Liter.
- B. Für Mager- und Futtermittel:
1. Die Erzeugerpreise (§§ 4, 7 der Höchstpreisverordnung) um 1/2 Pfa. das Liter, wobei nötigenfalls der Preisbetrag auf den nächsten vollen Pfennig abgerundet werden darf.
2. Die Kleinhandelshöchstpreise (§ 5a, b, c der Höchstpreisverordnung) um 1 Pfa. das Liter. Diese Bestimmungen treten sofort in Kraft.

Dresden, den 15. Januar 1920.

125 V L A V 1

Reichsfeischstelle, Verwaltungsabteilung.

Der Vorsitzende: v. Oertzen.

Bekanntmachung über Pferdenußprüfung.

Auf Durchführung des Friedensvertrages wird folgendes angeordnet: Alle im Jahre 1917 und früher geborenen Hengste, sowie alle Stuten, die 1/2 Jahr alt und älter sind, sind nach näherer Anweisung der Amtshauptmannschaften und in den bezirksfreien Städten der Stadträte an den von diesen bestimmten Stellen vorzuführen.

Die Musterung der Stuten erfolgt durch die von den Amtshauptmannschaften und in den bezirksfreien Städten von den Stadträten eingesetzten Besichtigungsausschüsse, während die Musterung der Hengste durch den Hörsausschuß bei der diesjährigen Hengstprüfung vorgenommen wird.

Die Amtshauptmannschaften und in den bezirksfreien Städten die Stadträte werden ermächtigt, die nach § 6 Abs. 2 der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 2. Dezember 1919 — Reichs-Gesetzblatt Seite 1938 — aufhebenden Zwangsmaßnahmen (insbesondere Ordnungskrafen bis zu 5000 Mk.) zu ergreifen.

Dresden, den 15. Januar 1920.

124 V L 1

Reichsfeischstelle, Verwaltungsabteilung.

Der Vorsitzende: v. Oertzen.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung für die Veranlagung zur außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919.

Auf Grund des § 28 des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 vom 10. September 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1567) werden die Vorstände, persönlich haftenden Gesellschafter, Repräsentanten, Geschäftsführer oder Liquidatoren

- aller inländischen Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Bergwerksbetriebe und anderen bergbauähnlichen Vereinigungen, letzterer, sofern sie die Rechte juristischer Personen haben, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und eingetragenen Genossenschaften,
- aller Gesellschaften der vorbenannten Art, die ihren Sitz im Ausland haben, aber im Inland einen Geschäftsbetrieb unterhalten,

ersucht, nach dem vorgeschriebenen Vordruck eine unterschrieben vollständigere Steuererklärung mit der Versicherung, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind, spätestens bis zum 15. Februar 1920 bei dem unterzeichneten Finanzamt (Bezirkssteuerbehörde) einzureichen.

Die Einreichung der Steuererklärung durch die Post geschieht auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs.

Über die Frist zur Abgabe der Steuererklärung verabsäumt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 Mk. zur Abgabe der Steuererklärung angehalten. Auch kann der von ihm vertretenen Gesellschaft ein Zuschlag bis 10 v. D. der rechtskräftig festgestellten Kriegsabgabe auferlegt werden.

Großenhain, am 16. Januar 1920.

Das Finanzamt (Bezirkssteuerbehörde).

Abgabe von Zucker an Kinderbewerksittel zu herabgesetzten Preisen.

Der minderbemittelten Bevölkerung in der Stadt Adorf, sowie in den Landgemeinden des Bezirkes soll für jedes auf den vom 24. Januar bis 12. Februar 1920 gültigen Abschnitt der Zuckerarten, Reihe 15, erworbene Pfund Zucker der Betrag von 30 Pfa. gewährt werden.

Vertikales und Sächsisches.

Rijsa, den 17. Januar 1920.

Das Hochwasser der Elbe dürfte in Rijsa seinen Höchststand wahrscheinlich im Laufe des heutigen Nachmittags mit etwa 580 Zentimeter über Normal erreicht haben. Heute vormittags betrug der Wasserstand am tiefen Pegel 550 Zentimeter. Einen Überblick über die Ueberschwemmungen am Elbtal kann man besonders gut von der Elbbrücke aus gewinnen. Das Wasser steht fast in gleicher Höhe mit dem Garten des Restaurants zur Dampf-Schiffhalle. Wie auf den Lagerplätzen an der Elbstraße, haben auch auf dem Elbtal mehrere Schuppen und Gebäude

im Wasser. An der Großenhainer Straße haben die Häuser bis herauf zum „Stern“ unter dem Eindringen des Wassers zu leiden. Auch an dem hinter dem Schiffbauwerk gelegenen Teil der Elbstraße ist das Wasser nunmehr in sämtlichen Häusern eingedrungen. In Dresden ist der Höchststand heute früh kurz vor 7 Uhr mit 477 Zentimeter erreicht worden. Um 8 Uhr vormittags zeigte der Dresdener Pegel einen Stand von 476 Zentimeter. Da die böhmischen Stationen ein weiteres Fallen des Wassers melden, so kann eine weitere Hochwassererregung nicht befürchtet werden. Die Hochflut hat den Stand des Hochwassers von 1900 erreicht. Daraus liegt in Dresden das Wasser auf 478 Zentimeter. Das größte Hochwasser, auf das sich auch noch längere Leute bekümmern können, trat Anfang September

1890 ein. Es erreichte in Dresden einen Höchststand von 537 Zentimeter.

Personalien. Herr Dipl.-Handelslehrer Alfred Wittner an der hiesigen Handelsschule ist vom Ministerium die Genehmigung erteilt worden, die Amtsbezeichnung „Oberlehrer“ zu führen.

Die Obsthändler Friedrich Eickert sind in der Zeit vom 14. bis 16. Januar aus seinem Gartengrundstück an der Mollstrasse sechs hochstämmige Stadelbeersträucher gestohlen worden. Es wird gebeten, etwaige Wahrnehmungen der Polizei zur Kenntnis zu bringen. — Gestern nachmittag gegen 4 Uhr ist in einem Geschäft der hiesigen Wettiner Straße ein Ballen grau-blau gemischtes Wollgarn im Werte von etwa 400 Mk. gestohlen worden.

Als minderbemittelte sind lediglich anzusehen:

Personen ohne Kinder mit einem Einkommen bis zu 2000 Mk.	
mit 1 Kind	2125
2 Kindern	2250
3 Kindern	2375
4 Kindern	2500
5 Kindern	2625
6 Kindern	2750
7 Kindern	2875
8 Kindern	3000

Jeder Haushaltsvorstand, der nach seinem Einkommen in eine der vorangeführten Klassen fällt, kann so viele Pfund Zucker zu einem um 30 Pfa. billigeren Preise gegen Abgabe des für die Zeit vom 24. Januar bis 12. Februar 1920 laufenden Abschnittes der Zuckerarten, Reihe 15, beziehen, als er Zuckerarten für sich und die von ihm zu befristenden Personen zur Verfügung hat.

Diensthboten und Gehilfen, sowie sonstige arbeitende Personen, die von einem Haushaltsvorstand voll befristet werden, der nicht als minderbemittelte nach den obengenannten Klassen anzusehen ist, haben keinen Anspruch auf diese Vergünstigung.

Die Entnahme hat bis spätestens den 31. Januar 1920 zu erfolgen.

Wer von der Vergünstigung Gebrauch machen will, hat sich vorher bei der Gemeindebehörde seines Wohnortes, den vom 24. Januar bis 12. Februar 1920 laufenden Abschnittes der Zuckerarten, Reihe 15, auf der Rückseite mit dem Gemeindebescheid abstemmeln zu lassen.

Die Verkaufsstellen wollen auf die so abgestempelten, auf die Zeit vom 24. Januar bis 12. Februar 1920 lautenden Abschnitte der Zuckerarten, Reihe 15, den Zucker um 30 Pfa. pro Pfund billiger verabfolgen, die abgestempelten Abschnitte sammeln und der Gemeindebehörde vorlegen, die über die Zahl der abgelieferten Abschnitte eine Bescheinigung ausstellen hat.

Die Bescheinigungen haben die Geschäftsinhaber der Amtshauptmannschaft bis spätestens den 3. Februar 1920 einzuweisen. Auf Grund derselben wird der Preisunterschied von 30 Pfa. für jeden abgestempelten Abschnitt erteilt werden.

Dieser wird darauf hingewiesen, daß diese Frist unbedingt einzuhalten ist, da nach diesem Zeitpunkte eingehende Bescheinigungen nicht mehr berücksichtigt werden können. Großenhain, am 10. Januar 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Hengstprüfung betreffend.

Die Prüfung der Hengste aus den Ortschaften des Amtsgerichtsbezirkes Rijsa durch den Hörsausschuß findet

Dienstag, den 20. Januar 1920, 12 Uhr mittags in Rijsa

in der Verkaufsstation

statt.

Aus den zur Prüfung angemeldeten Hengsten sind nach einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums bei dieser Hengstprüfung sämtliche Hengste des Amtsgerichtsbezirkes ohne Ansehen des Alters und der Rasse am Hörsorte mitzuführen. Ausgenommen von der Prüfung sind nur die in den Jahren 1918 und 1919 geborenen Hengste. Die Herren Gemeindevorstände und Ortsvorsteher der Gemeinden und Ortsbezirke, in denen hiernach vorübergehende Hengste vorhanden sind, haben für eine ordnungsmäßige Vorbereitung dieser Hengste Sorge zu tragen. Insbesondere haben sie eine Liste der vorzustellenden Hengste anzufertigen, aus der der Name des Eigentümers, sowie Farbe, Zeichen, Größe und Alter des Hengstes hervorgehen. Diese Listen sind dem Hörsausschuß am Hörsorte vor Beginn der Prüfung auszuhändigen.

Da die Hörsorte mittels Kraftwagens erfolgt, und daher verspätetes Eintreffen des Hörsausschusses nicht ausgeschlossen ist, ist damit zu rechnen, daß Hengste eingekauft werden müssen.

Großenhain, am 16. Januar 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Durch das immer höher steigende Hochwasser sind die bei den hiesigen Kartoffelbändlern lagernden Kartoffelbestände gefährdet, da das Wasser in die Keller einzudringen droht, in den Kellern des Konsumvereins aber bereits eingebrungen ist. Wenn die Kartoffeln in diesen Kellern in größeren Mengen liegen bleiben müßten, würden sie dem Verderben ausgeliefert sein. Vor dem Verderben können sie aber bewahrt werden, wenn die Kartoffeln in den einzelnen Haushaltungen in kleineren Mengen aufbewahrt werden können.

Die Inhaber von Wochenkartoffelarten werden deshalb dringend ersucht, sofort auf mehrere Wochen voraus, möglichst auf die ganze Dauer der Wochenkarte ihren Kartoffelbedarf bei den am Georgplatz wohnenden Pächtern, in erster Linie aber bei der Verkaufsstelle des Konsumvereins abzuholen.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß der Preis der Kartoffeln infolge der Schneelagereisens-Beschläge und erhöhten sonstigen Kosten, erhöht werden muß. Der Kleinverkaufspreis für Kartoffeln wird bei Abgabe von 1—10 Str. auf 13.— Mark für einen Zentner, bei Abgabe von Mengen unter einem Zentner auf 14 Pfa. für ein Pfund festgelegt. Wir sprechen die Erwartung aus, daß die hiesigen Einwohner dazu beitragen werden, die Kartoffeln vor dem Verderben zu bewahren.

Gröba (Elbe), am 16. Januar 1920.

Der Gemeindevorstand.

Für zwei Raben und ein Mädchen — 3/4 bzw. 2 Jahre alt — werden geeignete Pflegeeltern gesucht. Angebote erbittet

Ordinarvenverband Gröba, Elbe.

Am Montag, den 19. Januar 1920 vorm. 9 Uhr wird das Lichtempfangsstationen-Gebäude am Dorfe Zeitbain auf Abruch versteigert. Anschließend findet im Paradenlager Versteigerung des Holzfußbodens und der Holzverschläge im Steinfall VI statt. Bedingungen werden vorher bekanntgegeben.

Reichsvermögensstelle Tr. Pl. Zeitbain.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Rijsa.

Kaiser-Franz-Joseph-Strasse 17 str., Tel. Nr. 40.

Gesucht werden für sofort: 2 Wäcker, 1 Friseur (1. Kraft), 1 Möbelsticker, 1 Werkzeugeffektor (1. Kraft), 1 Tisch-Schloffer (über 30 Jahre), 1 Montage-Schloffer (älterer und von Rijsa), 1 Strohacker (Rastemacher), kriegsbeschädigte Schuhmacher u. Schneider, 1 Gärtnerlehrling, 1 Stellmacherlehrling, gelehrte Spinn-, Arbeiter und -Arbeiterinnen als 3 Spinner, 5 Andreher, 5 Kustler, 8 Mittelstenerinnen, 6 Grobküperinnen, 6 Streckerrinnen, Hausmädchen für Herrschaften, 1 Restaurant, 1 Wirtschafterin für Rittergut, landw. Dienstmädchen, 1 landw. Anspänner-Familie mit ev. erwachl. Angeb.

10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Das Wachstum liegt 95 cm breit. Im Verdacht, den Diebstahl ausgeführt zu haben, kommen drei Schulmädchen im Alter von 12 bis 14 Jahren. Vor Entlassung des geliebten Wachstums wird gemerkt. Eltern, die den Diebstahl vermeintlichen, werden bestraft. Der Eigentümer schließt eine Belohnung von 100 Mk. demjenigen, der ihn wieder in den Besitz seiner Ware setzt. Sachdienliche Wahrnehmungen wolle man der Polizei zur Kenntnis bringen.

Die Eltern beklagen. Die sächsische Regierung plant nicht, wie verlautet, ebenso wie Preußen eine Verordnung über die Zusammensetzung und Tätigkeit der Elternbeiräte bei den Schulen zu erlassen. Sie ist vielmehr der Ansicht, daß die bisher erlassenen Gesetze und sonstigen Vorschriften vollausreichen, um die Tätigkeit und die Zusammenziehung der Elternbeiräte in zufriedenstellender Weise zu regeln.

Neue Beamtenstellen. Die sächsische Regierung hat, vorbehaltlich der Zustimmung der Volkshammer, die Schaffung von 5000 neuen Beamtenstellen in der Eisenbahnverwaltung beschlossen, um die Verhältnisse der sächsischen Eisenbahnen denen der preussischen anzugleichen.

Die Verschärfung dieses wurde gestern mit vier vorläufigen Denkmälern befreit.

Minister Lipschitzes Krankheit hat einen ernstlichen Charakter, als man anfangs glaubte. Er war gezwungen, sich in eine Klinik nach Leipzig zu begeben. Vor Ablauf von vier Wochen kann er kein Amt nicht wieder übernehmen. Auch ist noch nicht vorzusehen, ob die Krankheitsdauer nicht erheblich länger sein wird. — Der Ministerpräsident hat für die Dauer der Erkrankung des Finanzministers Lipschitz, die nach den bisherigen Nachrichten nur von verhältnismäßig kurzer Dauer sein wird, mit dessen Vertretung in der Verwaltung des Finanzministeriums den Minister Dr. Seufert beauftragt. Die Leitung der laufenden Geschäfte ist dem Vorstand der ersten Abteilung des Finanzministeriums, Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Debrich, übertragen worden.

Die Zusammenbruchstheorie. In der Sitzung der sächsischen Volkshammer am Donnerstag führte der Arbeitsminister Schwarz in Beantwortung der Interpellation, betr. die Ernährungsfrage, u. a. aus: Alle Behauptungen, als ob wir schon morgen nichts mehr zu essen hätten, sind maßlos übertrieben. Seit einem Jahre wären wir 365mal zusammengebrochen, wenn die Weltmarktpreise nicht die nötige Ernte nicht hindern könnten. Die schwersten Tage werden im Hochsommer kommen. Wir sind in dieser Hinsicht auf das Ausland angewiesen. Weiter führte der Minister aus: Die übertriebene Furcht, daß wir finanziell zusammenbrechen müßten, wenn wir die Löhne steigern, teile ich nicht. Steigen die Preise um 50 Prozent, dann müssen auch die Löhne steigen. Wir werden am Ende dieses Jahres Löhne haben, die heute geradezu phantastisch klingen würden. Die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes hängt jetzt davon ab, im Ausland wieder das Vertrauen zu finden, daß wir mit ihm in Geschäftsverbindungen treten können. Wer da glaubt, durch Veranlassung der Gewalt etwas zu erreichen, der beachtet nicht, daß bei einem Zusammenbruch in erster Linie der Staat zahlungsunfähig wird, der heute schon am schlechtesten gestellt ist.

Annahme von Patente. Vom 18. d. M. ab wird die Annahme von Patenten an Sonn- und Feiertagen auf „dringende Fälle“ beschränkt. Vom 1. Februar ab werden außerdem an Sonn- und Feiertagen Patentanmeldungen und -besprechungen von telegraphischen sowie Fernschreiben von der Annahme ausgeschlossen.

Verstärkte Klagen des sächsischen Kleinhandels. Der Reichsminister für Ernährung und Volkswirtschaft hat die Klagen des sächsischen Kleinhandels in Preußen, indem darüber Klagen geführt werden, daß er einen erheblichen Teil der von den Lebensmittelverbänden zugewiesenen Waren nicht abgeben könne, und sich die Lebensmittelverbände weigerten, die Waren zurückzunehmen. Der Reichsminister hat sich der Ansicht nicht verschrieben, daß es sich hierbei um eine Ernährungsfrage von weitgehender Bedeutung handelt und deshalb, die Verhütung der Regierung in dem Sinne zur Verfügung zu übermitteln, daß sie sich eingehender mit der Regierung beschulden und darauf hinwirkt, durch Besprechungen im inneren und weiteren Rahmen, zu denen alle beteiligten Kreise zugezogen werden sollen, die geschilderten Mängel beseitigen und einen gerechten Ausgleich herbeizuführen.

Nur Freigabe des Wildes. Nachdem die Reichsregierung ihre Bestimmungen über die Bewirtschaftung des Wildes, insbesondere über die Ablieferungspflicht, aufgehoben hat, hat auch die Landesbehörde für Sachsen angeordnete Regelung außer Kraft gesetzt. Früher konnte es von dieser aus nicht geschehen, da die Grundlage für ihr Vorgehen die Verordnung der Reichsregierung bildet. Die Freigabe ist erfolgt, weil das Ergebnis der bisherigen Jagungsarbeiten für die Wilderei ungünstig ist. Der Grund hierfür ist nicht so sehr in einem Verlangen der Regelung zu erblicken, der für die Jäger im allgemeinen bereitwillig erfüllt werden, sondern vielmehr in dem großen Rückgang des weltlichen Wildbestandes. Das Wild hat auch im Frieden nur einen geringfügigen Bruchteil des gesamten Reichsbestandes gedeckt. Während des Krieges ist der Wildbestand infolge mangelhafter Bege, Zunahme der Wilderei und sonstiger Ursachen abgenommen. Die Bewirtschaftung konnte unter diesen Umständen der Bevölkerung nur ganz unerhebliche Mengen zuführen; nicht mehr als etwa 10 Gramm auf den Kopf, das ist etwa 1/5 v. d. der Schlachtviehleistung. Eine nennenswerte Steigerung des Wildbestandes ist in absehbarer Zeit zu erwarten. Vielmehr ist mit Rücksicht auf den Verlust wildreicher Gebiete im Osten und Westen des Reiches infolge des Friedensvertrages mit einem weiteren starken Rückgang des Wildbestandes zu rechnen. — Wurde aber die Jagungswirtschaft aufgehoben, so müßten auch die Höchstpreise außer Kraft gesetzt werden, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß Höchstpreise ohne gleichzeitige Bewirtschaftung die Ware vom Markt vertrieben und dem Kleinhandel aufzubringen.

Mängel. Eine Einwohnerin von Creutzenbach hatte ihre Handtasche mit Inhalt (Portemonnaie, Lebensmittelkarten usw.) verloren. Der Finder landete in einem unfrankierten Brief, der in Rerhan abgekempelt war, die Lebensmittelkarten zurück. Wie auf einem Zettel ohne Unterschrift steht, habe er das Geld behalten, weil er ein armer Teufel sei und sich dafür etwas gekauft.

Sitzung des Landesbeamtenbeirats. Unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Schmitt und unter Teilnahme von Vertretern sämtlicher Ministerien fand am 12. Januar, wie die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei mitteilt, die erste Sitzung des bei dem Personalrat des Ministeriums des Innern gebildeten Landesbeamtenbeirats statt. — Einleitend führte der Vorsitzende aus, daß die grundsätzliche Regelung vieler sehr wichtiger Beamtenfragen, die zur Zeit von reichem Vorrat vorbereitet werden, der Tätigkeit der Länder auf diesem Gebiet weitgehend vorkünftig enge Grenzen setze. Die Regierung habe aber trotzdem den Wunsch gehabt, den Landesbeamtenrat schon jetzt zu berufen, weil sie das größte Gewicht darauf lege, bei der bevorstehenden Neuordnung in enger Fühlung mit der Vertretung der Beamtenschaft vorzugehen. Sie hoffe, daß

die Zusammenarbeit des Vertrauens zwischen Regierung und Beamtenchaft fördern und dazu beitragen werde, die Pflichten, denen sich die Beamten jederzeit bewußt bleiben würden, mit den Rechten dauernd in Einklang zu halten. — Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Erhöhung der laufenden Teuerungsausgaben ab 1. Januar besprochen. Der Vorsitzende gab einen Überblick über die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretungen der Beamten und teilte mit, daß durch den Reichsfinanzminister Erzberger in einer Sitzung in Berlin am 10. Januar vorbehaltlich der Genehmigung der Reichsregierung eine Erhöhung der laufenden Teuerungsausgaben um 150 v. d. festgestellt worden sei. Sobald die Erhöhung im Reichsrat genehmigt worden ist, werde sich Sachverständigen ansetzen lassen, und die sächsische Regierung werde dann sofort der Volkshammer eine entsprechende Vorlage zugehen lassen. — Sodann wurde unter Hinweis darauf, daß gegenwärtig von der Reichsregierung und den Regierungen der Länder unter Ausrichtung der zentralen Organisationen der Beamten versucht wird, die Grundzüge der Beförderungsreform langfristig im Reich und in den Ländern einheitlich zu gestalten, über den Stand dieser Verhandlungen Bericht erstattet. Es entspann sich eine längere Aussprache über einige Grundfragen der Reform, insbesondere über die Zahl der Beförderungsgruppen, Berücksichtigung des Familienstandes, Ortszulagen, Teuerungsausgaben usw. Zu einzelnen Punkten, die nicht in den in Berlin geführten Beratungen erledigt werden können, wird der Landesbeamtenbeirat demnächst besonders und eingehend Stellung zu nehmen haben. Weiterhin werden zur Besprechung die Erhöhung der Gehälter der Auszubehrenden, die von der Regierung im Zusammenhang mit der Erhöhung der Teuerungsausgaben der Beamten in Aussicht gestellt wurde, sowie verschiedene Anträge der Verbände von freischaffenden Beamten. Schließlich wurde über Vorarbeiten des Personalrates zur Regelung einzelner wichtiger Beamtenfragen berichtet. Insbesondere seien Erwägungen einer Verordnung über Beamtenausfälle sowie eines neuen Dienststrafgesetzes bearbeitet worden. Hätten aber von der Regierung zurückgekehrt werden müssen, da eine rechtsdienliche Regelung dieser Gegenstände demnächst erfolgen werde.

Der Kampf gegen den Schleichhandel. Neber die Tätigkeit des Landespreisesamtes in der Zeit vom 22. Dezember 1919 bis 3. Januar 1920 wird wie folgt berichtet: Festsetzung der Preislagen und anschließende Feststellungen geleistet. Es erfolgte dabei Beschlagnahme von 3 Wägen, 1 Eimer Ungewicht, 13 Kisten, 18 Säcken, 14 Käufern, 14 Kisten, 7 Säcken und 18 Kisten. Schwarzschlachten kamen mehrfach zur Anzeige. Die dabei noch vorhandenen Bestände wurden beschlagnahmt. Ferner verließen bei der Beschlagnahme 14 Zentner Dorsch und Fleisch, die bei Aufhebung einer geheim betriebenen Buchfabrikation vorgefunden wurden. Bei Revisionen in Konfektionsbetrieben wurden 550 Kilogramm Weizen- und Gerstemehl, das im Schleichhandel erworben war, beschlagnahmt. Am übrigen wurde ein Schleichhandelsware, die zum Teil zu Buchweizenkleinmehl, 292 Kilogramm Weizen- und Gerstemehl, 600 Kilogramm Weizenmehl, 50 Kilogramm Reis, 151 Kilogramm Hülsenfrüchte, 206 Kilogramm Kaffee, 15 Kilogramm Butter, 33 Kilogramm Margarine, 100 Tafeln Schokolade, 118 Liter Rum und Cognac und 906 Stück Seife. Wegen unbefugten Auswechslens von Getreide auf Handströmmühlen kamen zur Beschlagnahme 233 Kilogramm Weizen und Roggen, sowie 87 Kilogramm Mehl und Reis. Ein lediglich für Schiefergeschäfte großes, Stills gegründetes Geschäft wurde geschlossen. Dabei sind beschlagnahmt worden 480 Stück Seife, 2272 Stück Käse, 315 Pfund Schokolade, 160 Zentner Weizen, 403 Pfund Teelöffel, 21000 Stück Zigaretten, 3000 leibende Scherzen, 5 Autoreifen, ferner Tee, Reisstärke, Erbsen, Nüssen und Schweinefleisch usw.

Im Verkehr der unläufigen Waren. Wegen unläufiger Warenhandlungen im Sinne der Verordnung gegen Freizeiderei vom 8. Mai 1918 machen sich Händler in der Regel dann strafbar, wenn sie beim Einkauf für Waren Preise anlegen, bei denen sie annehmen müssen, daß die Waren bereits den ordnungsmäßigen Weg des Ablasses durchlaufen haben oder daß sich die Vornamen des Preisverweisers schuldig gemacht haben und sie durch ihr Dazwischentreten die Waren nur noch weiter verteuern. Das ist, wie von unabhängiger Seite mitgeteilt wird, beispielsweise der Fall, wenn Kleinhandeler oder Großverleiher beim Einkauf von Zigaretten Zigaretten Preise anlegen, die die vorgeschriebenen Aufgebühren oder durch die Steuerhändler erkennbaren Kleinverbraucherpreise überschreiten. Ebenso dürfen Händler deutsche Schokolade nicht zu Freieren antaufen, die mit den Herstellerpreisen nicht in Einklang zu bringen sind. Die Absicht der beteiligten Händler, die Waren unmittelbar dem Verbraucher zuzuführen und dadurch die Steuer zu vermeiden, ist ohne Belang. Sie muß wegen unläufiger Warenhandlungen strafbar, auch ohne, daß sie einen übermäßigen Gewinn gemacht haben. Zahlreiche derartige Verstöße sind bereits erfolgt. Wenn sich die durch die Preise gemachte von vieler Auffassung abweichende Teilungnahme eines Wohlsehens des Reichsgerichts bestätigen sollte, ist zu erwarten, daß die Strafbarkeit des Reichsgerichts der Auffassung jedes Zivilsenats nicht beitreten werden, und daß dann das Plenum des Reichsgerichts die endgültige Entscheidung zu Gunsten der Ansicht der Strafsenate treffen wird.

Die Bautätigkeit in Sachsen im November 1919. Im Monat November wurden in Sachsen nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes für Neubauten mit Wohnungen 81 Baugenehmigungen (gegen 147 im Oktober) erteilt, und zwar in den kreisbaupolizeibehördlichen Kreisen 2, Chemnitz 3, Dresden 61, Leipzig 6 und Weiden 11. Die 81 Neubauten, von denen 81 auf neuer Baugrunderichtet werden, sollen insgesamt 357 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 47 Baugenehmigungen (gegen 63 im Oktober) für Um-, An- oder Aufbauten mit zusammen 73 Wohnungen erteilt, von denen 13 Um- und Aufbauten mit 187 Wohnungen (gegen 19 Neubauten mit 99 Wohnungen im Oktober). Durch angeführte Um-, An- oder Aufbauten wurden 85 Wohnungen gewonnen, darunter 40 in Rot- und Weißschichten. Gebäudabgänge waren im November keine zu verzeichnen.

München. Morgen Sonntag findet im Bahnmarschfeld ein Fest zur Begründung eines Hausbesitzervereins statt.

Niederwarttha. Der Junge zur hiesigen Eisenbahnkassenkasse ist durch das Hochwasser seit Donnerstagabend unterbrochen. Die Personensüge halten deshalb an dem ehemaligen Bahndamm unterhalb der Wilhelmshöhe zur Aufnahme und Abgabe der Fahrgäste. Auch die Landstraße führt auf der halben Strecke zwischen Niederwarttha und Gohndorf unter Wasser. Der Verkehr ist deshalb nur über die Grube (Wilhelmshöhe) möglich. In Niederwarttha selbst kann man zum Gemeindevorstand, Kaufmann und Metzger nur mit Fischen und Röhren gelangen. Wildberg. Dem Hochwasser ist auf Wildberger Fluß eine ganze Kahnladung böhmischer Braunkohlen zum Opfer gefallen. Der eiserne Kahn war vor einigen Wochen, als die Elbe auch schon hoch ging, an einen Weiler der Niederwartthaer Weidenbrücke angekernt und an der Spitze fest geworden, so daß man ihn auf Wildberger Fluß auflaufen lassen mußte. Die Kohlen gelten als verloren.

Dresden. Am 31. Lebensjahr starb gestern früh der bekannte Schriftsteller Dr. Franz Koppel-Gästel, der

von 1880—1889 Lehramt und Gymnasialrat am sächsischen Volkstheater war.

Wirta. In einem Sturzbruch auf Dorf Wehsemer stürzte sich am Dienstag nachmittags vorzeitig eine Wand und verschüttete den Arbeiter W. aus Wirta. Dem Verunglückten wurde die Schädeldecke zertrümmert, so daß der Tod sofort eintrat.

Wirta. Der bis vor kurzem am hiesigen Stadttheater tätig gewesene Schauspieler Rudolf Gannemald, der das Fach der Heldendarle spielte und einem Ruf an eine Berliner Bühne folgte, ist dort am Dienstag ein Opfer der blutigen Kämpfe vor dem Reichstagsgebäude geworden.

Chemnitz. Die Kreisärztin Ekemaler, wohnhaft Fährstraße, und deren beide Töchter im Alter von 6 und 7 Jahren wurden am Mittwoch vormittag in ihrer Wohnung demtötet aufgefunden. Der Mann war mit Gas gefüllt. Die Kinder waren leider schon tot, während bei der Frau Rettungsveruche von Erfolg begleitet waren. Selbstmordverbrechen und Mord liegt vor. Der Hintergrund der Tat ist noch unbekannt.

Die große Woche der deutschen Mode.

Zum fünften Male löst der Verband der deutschen Mode-Industrie die Käufer zu einer großen Berliner Woche ein. Das neutrale Ausland, aber auch unsere bisherigen Feinde werden diesem Aufzuge gern Folge leisten, da sie für unwahrscheinlich wenig Geld geschmackvolle Erzeugnisse der Mode erleben können, die sie selbst nur durch mühsame, streng deutsch und puritanisch kommen zu dürfen. Wer sich die Welt erobern will — und dieser stielische Ehrgeiz ist unsterblich —, muß den andern weichen kommen, d. h. er muß seine Bekleidungen, kaufmännische sowohl wie künstlerische, denen der anderen Völker anpassen. Das Ausland wird zunächst bei uns kaufen, weil wir am billigsten sind, sodann aber auch aus dem Grunde, weil wir auf dem Gebiete der Mode, trotz fünf langen schwerer Kriegsjahre, mit bestem Erfolg weitergearbeitet haben. Im Augenblick müssen wir mit diesem kleinen moralischen Sieg zufrieden sein, können es aber getrost, weil in ihm die beste Gewähr liegt, daß das Ausland schließlich unferner am Boden Lebens schließlich weichen wird, daß unsere Saluta wieder steigt, daß wir die uns gebührende Stufe auf der Kulturleiter wieder erlangen.

Die vierte Modewoche von Berlin, die am zweiten Montag des Februar anhebt, um sich im August dann so weiter behändig zu wiederholen, wird insofern für sich erhöhtes Interesse verlangen können, als sich der Textil-Großhandel und die Textil-Industrie an den Ausstellungen der Konfektions- und Fabrikindustrie im größeren Umfange beteiligen werden. Damit hat sich das Problem einer besonderen Berliner Textilstarre von selbst erledigt, sehr zur Zufriedenheit der Berliner Handelskammer. Aber auch die Kunst, das Kunsthandwerk soll in einer gleichzeitigen Ausstellung berücksichtigt werden; in erster Linie die sogenannten Hilfsindustrien wie: künstliche Blumen, Perlen und Knäpferarbeiten, Spitzen, Stickereien, handgewaltete, handgedruckte, handgefärbte, handgewebte Stoffe, Knöpfe und Passementieren, Korsetts, Hüte usw. Natürlich mußte eine besondere Jury gebildet werden, aus diesen tausenden von kleinen Teilen das Beste herauszufinden. Künstlerische und handwerkliche Qualität werden hier einzeln der Ausschlag geben; künstlerische Qualität, so weit es sich um die Kunst an sich handeln kann, natürlich ausgeschlossen sein. Kunst- und Industrie — aus dieser Hinsicht nur selten geäußerten Zusammenarbeit haben wir noch manche gute Frucht zu erwarten, wenn wir erst einmal erkannt haben, wie die so grundverschiedenen Kräfte in einem gemeinsamen Ziele nutzbar gemacht werden können. Gerade hier ist noch viel an kulturellen Fortschritten zu schaffen. Der Krieg, der die Kunst aller Völker, hat es nicht verhindern können, daß die deutsche Modewoche, nachdem sie von ihrer ersten Kriegswunde, unter allen Umständen eine deutsche Mode schaffen zu müssen, die dann vorübergehend auf eine Wiener Mode hinausläuft, gearbeitet war, sich ganz von selbst der internationalen Modewoche angeschlossen, in der sie immer noch ihr Recht genügend wahrnehmen kann, in der sie wiederum international gewertet wird. Gerade unsere gegenwärtig so schlechte Saluta hilft uns den Platz an der Sonnenfront von Frau Mode zu gewinnen; und noch etwas anderes kommt uns hierbei zu Gute, daß wir es endlich verstanden, unsere Waren als Massenproduktion auf den Markt der Welt zu werfen, wo sie wenig später als annehmlich französische oder englische Leistungen sonstweil Käufer finden, die ein deutsches Original gar nicht eines Blickes gewürdigt hätten. Der Ehrgeiz unserer Mode-Industrie ist ein ganz anderer geworden. Die individuelle Arbeit ist dazu berufen, die Leistungen einer lebenswichtigen Industrie zu heben. So wird diese große Woche der deutschen Mode mehr als ihre geäußerten Vorgängerinnen bestimmt sein, deutsche Kultur wieder in alle Länder zu tragen und die Trennung des Krieges vergessen zu lassen.

Kunst und Wissenschaft.

Max Reinhardt über die Reform des deutschen Theaters.

Max Reinhardt hat sich in dem Berliner Reichstheater der „Times“ ausführlich über die Lage und die Zukunft des deutschen Theaters und über die Reformbestrebungen geäußert, die er in seinem „Großen Schauspielhaus“ durchzuführen beabsichtigt. Der Bericht beginnt mit der Feststellung, daß die Eröffnung des „Großen Schauspielhauses“ nicht nur von großem Interesse sei, denn der Erfolg dieses Versuches kann und wird wahrscheinlich einen entscheidenden Einfluß auf die dramatische Kunst auch anderwärts in Deutschland haben. „Man möchte vermuten“, führt der Reichstheaterleiter fort, „daß das Theater in Deutschland unter dem Kriege sehr gelitten hätte. Es hat auch tatsächlich einige Schauspielere verloren. Durchschnittlich sind vier auf fünf an jedem großen Theater gefallen, aber sie waren weitans in der Mehrzahl junge und unbekannte Leute. Im allgemeinen hat man auf die Theater große Rücksicht genommen. Reinhardt versichert mir, daß das Drama während des Krieges einen bedeutenden Aufschwung nahm. Das Publikum strömte in solchen Mengen ins Theater, daß die Direktoren sich durchaus nicht zu beklagen hatten. Nach seiner Ansicht ist im Vergleich zu den Kriegsvorzeiten eine Besserung in der Lage der deutschen Theater eingetreten, und das gilt nicht nur für Berlin, sondern auch in kleinen Provinztheatern war der Besuch in den Kriegsjahren besser als sonst. Es ist bezeichnend, daß die Stücke, die am meisten Erfolg hatten, keine Kriegstücke und keine Paffen waren, sondern ernsthafte Werke wie Büchners „Dantons Tod“, wie Dre-

Sanatorium von Zimmermannsche, Cottbus Chemnitz.

• Vollkommene Anordnungen für physische, diätetische, elektrische, Licht- und Wärmebehandlung. • • • • •

beste individuelle diätetische Versorgung. • • • • •

Wettiner Hof Tanz- diele. **sonntag, den 18. Januar**
feiner Ball.
 Anfang 4 Uhr.
 Erg. ladet ein **B. Weber.**

Café Central. **sonntag, den 18. Januar**
großes Fröhshoppenkonzert
 von 11-1 Uhr, abends von 6 Uhr an
großes Künstlerkonzert.
 Erg. ladet ein **B. Weber.**

Gasthof zum Stern.
sonntag, den 18. Januar 1920
große öffentliche
Ballmusik
 Anfang 4 Uhr.
 Es ladet freundlich ein **O. Otto.**

Hotel
Höpfner
 Sonntag, den 18. Januar
 von nachm. 4 Uhr an
große öffentliche
tonangebende
Ballmusik.
 Hierzu ladet ergebenst ein **M. Höpner.**

Sonderzuteilung
von Bodenleder
 wird vom 19. bis 24. Jan. in der Geschäfststelle der **Rohstoffe**, der **Schuhm.**, **Jungm.** an **Mittglieder** und **selbständige Schuhmacher** im **Bezirk** abzugeben.
Otto Schneider,
 Wettinerstr. 37.

Frauenhaar
 Rohhaar, Schweiß u. Wäsche
 kauft **Arno Schreiber**
 Goethestr. 23, neb. Schule.

Hotel Kronprinz
sonntag
öffentliche Tanzmusik
 von 4-6 Uhr freitags.

Katharina Schilbach
Planistin
 Lehrerin für höhere Klavierkunst.
 Technik und Vortrag (Gesangton) nach ersten Meistern.
 Vierhändig Blattspiel, Harmonie und Gehörbildung.
 Erstkl. Ausbildung für Beruf und Haus.
 Im Winterhalbjahr finden Schülervorträge statt.
Pausitzer Str. 38 B (Villa Schilbach).

Margarete Schilbach
Opernsängerin
 Lehrerin für Kunstgesang.
 Sorgfältigste Schulung der Stimme, Arien-, Lieder- und Zusammengesang.
 Redekunst zum Erlernen einer dialektfreien Aussprache.
 Erstkl. Ausbildung für Beruf und Haus.
 Im Winterhalbjahr finden Schülervorträge statt.
Pausitzer Str. 38 B (Villa Schilbach).

Öle.
 Patentseifen, Zahnrad-Leder-, Wagen- und Maschinenseifen.
Fette.
 Antiseptisches Haifett Lederseife, Fußbodenwachs „KINOL“
 empfohlen in guter Qualität
Franz Heinisch & Co.
 G. m. b. H.
 Riesa, Bismarckstr. 11.
 Eigene Versuchs-Anstalt.
 Analysen jeder Art.

Gasthof Grödel
sonntag, den 18. Januar
öffentliche Ballmusik
 - Anfang 6 Uhr -
 wozu freundlich einladet **M. Zamm.**

Faß- u. Flaschenbier
 aus der
Ersten Kulmbacher Exportbier-Brauerei
 empfiehlt in bekannter vorzüglicher Qualität
Richard Liebscher, Riesa,
 Elbstraße 2. Fernsprecher 694.

Schützenhaus Riesa.
sonntag, den 18. Januar
Feine öffentliche Ballmusik
 - Anfang 4 Uhr. -

Wir geben hiermit bekannt, daß ab heute wiederum eine
Preiserhöhung für Limonade und Selterwasser
 eintreten muß. In dieser Maßnahme sind wir gezwungen, weil sämtliche **Geschäftskosten** bedeutend gestiegen sind.
 Ganz besonders müssen wir darauf verweisen, daß alle nicht zurückgegebenen **Flaschen** zum gegenwärtigen Marktpreise von 3 St. Mk. 1.50 v. Std. in Rechnung gestellt werden.
Verein Getränke-Industrie Nordmitteldeutschland G. V. Riesa
 für die Bezirke **Dahlen, Großenhain, Lützen, Ochaß, Riesa.**
 Am 15. 1. 20.

Überlässiger
Klavierstimmer
 selbständ. Klavierbauer, hat hier zu tun und könnte einige Klaviere mit stimmen. Werte Offerten unt. „Stimmer“ an das **Lagerblatt Riesa** erbeten.
Felle aller Art
 kauft zu höchsten Preisen
Max Thiele, Leipzig
 Moh-Str. 12.
 Aufsendungen erbeten.

Waldschlößchen Röderau.
sonntag, den 18. Januar
öffentliche Ballmusik
 Kapelle Kaiser - Anfang 4 Uhr.
 Hierzu ladet freundlich ein **Alfred Zentisch.**

Religiöse Vorträge
 von
Herrn Pastor Samuel Keller
 aus Freiburg i. Br.
Thema:
sonntag, 18. Januar, vormittags 9 Uhr: Predigt. (Trinitatiskirche.)
namittags 4 Uhr: Ost Gott diesen Aries verloren? (Gemeinschafts-Saal, Friedrich-August-Str. 9.)
Abends 8 Uhr: Was macht man mit dem Gewissen? (Trinitatiskirche.)
Montag, 19. Januar, nachmittags 4 Uhr: Eine Darbietung des Christus. (Gemeinschafts-Saal, Friedrich-August-Str. 9.)
Abends 8 Uhr: Das Geheimnis des Kreuzes Christi. (Hotel Höpner.)
Dienstag, 20. Januar, nachmittags 4 Uhr: Der Verkehr mit den Verstorbenen. (Gemeinschafts-Saal, Friedrich-August-Str. 9.)
Abends 8 Uhr: Mein Testament. (Hotel Höpner.)
Landeskirchliche Gemeinschaft Riesa.
 Eintritt frei! Jedermann herzlich eingeladen!

Reparaturen
 o. Nähmaschinen all. Systeme führt aus **Franz Müller, Maschinenhandl.,** **Mersdorf** bei **Riesa.** Fernspr. **Riesa 506.**
Jeder Alte
 Damen- u. (weib.) Herrenhut wird schnell und billig auf modernste Formen **umgepreßt.**
 Annahmest. **Fr. A. Schmeißer,** Hauptstr. 3, Fr. W. Gärtner, Grödel, Schulstr. 11.

Gasthof Pausitz.
 Militärverein **Pausitz** und **Umgebung.**
sonntag, den 18. Januar, Stiftungsbill, Anfang 4 Uhr.
 - Gäste willkommen. -
 Musik Kapelle Kaiser. **D. G. V.**

Konzertdirektion M. Schönsfelder, Dresden
sonnabend, 24. Jan., 7 Uhr, Hotel z. Stern
Sahende Gefellen
Alfred Meyer :: Alexander Wierth
 vom Schauspielhaus Dresden.
 Aus dem diesjährig. neuen Schlager-Programm:
 Die Bühnensucht, Der Dynamitbund, Luas, Die Babies, Im Zoo, Wenn meine Frau krank ist, Alno u. and.
 Am 25. Novbr., 8. u. 25. Dezbr. u. 6. Jan. - in Dresden vollständig ausverkauft. -
 Karten M. 4, 3, 2 in Buchbdlg. **Hoffmann u. Abendrotz.**

Kanin Hasen Reh
 sowie alle anderen Arten Felle kauft zu höchsten Tagespreisen **O. verw. Schuber,** **Weißner Str. 33.**
 NB. Selbige werden auch zum **Aurichten** angenommen.
Kalnit
 stets am Lager.
C. F. Seurigs Nachf., Langenberg.

Zöpfe
 in allen Farben u. versch. Preislagen.
Haarnetze
 moderner Haarhaarnetz Büschen und Rämme. Desgleichen fertige ich aus **ausgestämmt.** Ganz **Zöpfe** zu billigem Preis.
Otto Heil
 Hauptstraße 20.

Gasthof Delfik.
sonntag, d. 18. Januar
 von 4 Uhr an **öffentliche Ballmusik.**
 Dazu ladet freundl. ein **M. Hofang.**

Gasthof Pochra.
sonntag, den 18. Januar
öffentliche Ballmusik
 (Streich- und Blasmusik), Anfang 6 Uhr.
 Erg. ladet ein **S. Horn.**

Gasthof Münchritz.
sonntag, den 18. Januar
feine öffentliche Ballmusik
 - Anfang 5 Uhr. -
 Erg. ladet ein **Max Hensch.**

Gasthof Seerhausen.
sonntag, den 18. Januar
starkbesetzte Ballmusik
 - Anfang 6 Uhr. -
 Hierzu ladet freundlich ein **Alfred Wichmann.**

Gasthof Heyda.
sonntag, den 18. Januar
öffentliche Ballmusik
 - Anfang 6 Uhr -
 wozu freundlich einladet **S. Sommer.**

Berners Weinstuben, Lichtensee
 :: Angenehmer Ausflugsort ::
 Vorzügliche Küche, reichhaltige Auswahl in **Wein, Hotel u. Rotweinen.**
 Die beliebtesten **Fruchtböden** und **Fruchtsäfte**
 - in bekannter **Ökte** sind wieder **verfügl.** -

Statt Karten.
 Meine Verlobung mit **Frau Wally verw. Herrmann geb. Meier** gebe ich bekannt
Kurt Rupprecht,
 Lehrer.
Riesa, Januar 1920.

Frische
Brotbeise
 eingetroffen
Wettinerstr. 26.

Gasthof Radewitz.
 Zu dem am **sonntag, den 18. Januar,** stattfindenden **Jugendball**
 ladet freundlich ein **Max Ziesche.**

Restaurant Schlachthof
 zum Besuch bestens empfohlen.
Hobbers
Aukubici-Piano.
 Die heutige Nr. umloht 8 Seiten

Nationalversammlung.

Sundacht haben 54 kurze Anfragen auf der Tagesordnung, von denen indes eine große Reihe nicht erledigt werden kann, da entweder die betreffenden Abgeordneten oder die zuständigen Regierungsvertreter nicht anwesend sind. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Wüstermann (D. Vo.) über die Zurückhaltung des Admirals Reuter und anderer Offiziere und Mannschaften der Seava Flotte erklärt Legationsrat Dr. Martius: Es wird damit angedeutet, daß die Heimkehr der Mannschaften, nachdem England die Verletzung der Flotte nicht als Kriegsverbrechen anlieht, nimmere in kürzester Zeit erfolgen wird. Von einem erneuten Notenwechsel glaubt die Regierung ablehen zu können. In Beantwortung weiterer Anfragen erklärt die Regierung, daß die Kriegsakademien und Kadettenanstalten in Zivilinternate umgewandelt würden. Nach Aufhebung der Instituten, für die alle Vorbereitungen getroffen worden seien, würden die Gebäude vermutlich für Schulzwecke Verwendung finden. Die Abgabe der in der Garburger Cellfabrik vorhandenen Menge von Cellulose an die Landwirtschaft sei in die Wege geleitet worden, stöße aber infolge der durch die teuren Rohstoffe in die Höhe getriebenen Preise.

Die zweite Beratung des Betriebsrätegesetzes wird hierauf fortgesetzt. Zunächst wird die namentliche Abstimmung über den Antrag der deutschnationalen Volkspartei zu § 20 vorgenommen. Der Antrag lautet: „Das Wahlalter wird von 18 auf 20 Jahre und die Dauer der Wahlzeit im Betriebe, welche die Wählbarkeit verleiht, von 6 Monaten auf 2 Jahre heraufgesetzt“. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages mit 237 gegen 58 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen. Die §§ 20 und 21 werden mit lediglich formellen Veränderungen der Ausschussvorläge angenommen, desgleichen die §§ 45 und 46, die von der Zusammenlegung und Einberufung der Betriebsversammlungen handeln, sowie § 47, wonach an den Betriebsversammlungen je ein Beauftragter der im Betriebe vertretenen wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer mit beratender Stimme teilnehmen kann. Der nächste Abschnitt behandelt die Aufgabe und Befugnisse der Betriebsräte. In den Aufträgen des Betriebsrates gehört nach § 66 u. a. die Beratung der Betriebsleitung zur Herbeiführung höherer wirtschaftlicher Betriebsleistungen, Förderung neuer Arbeitsmethoden, Einberufung des Schlichtungsausschusses in Streitigkeiten, Mitwirkung bei Abfassung von Beschwerden, Beförderung der Unfall- und Gesundheitspflege in den Betrieben, Mitwirkung in der Verwaltung von Pensionskassen und anderen Wohlfahrtsanstalten. Abg. Koenen (Unabh.) befragt u. a. der Betriebsrat gemeinsam mit der Betriebsleitung die Entscheidung über Gehalt und Lohnfragen, Arbeitsbedingungen, Arbeitsordnung, Einstellung und Kündigung von Arbeitern haben soll. Die Vorgabe in der letzten Gehalts sei ein Geset gegen die Arbeiter. Der Änderungsantrag wird abgelehnt, § 66 in der Kommissionsfassung wird angenommen. Nach § 70 werden die Unternehmungen für die Aufsicht, für die ein Aufsichtsrat besteht, ein oder zwei Betriebsmitarbeiter in den Aufsichtsrat entsenden, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Sie haben Stimmrecht in den Aufsichtsrats-sitzungen, erhalten aber nur Aufsichtsratsmitglieder. Abg. Dr. West (D. Vo.) beantragt eine Änderung dahin, daß die Nichtbeteiligung der Betriebsratsvertreter an allen Sitzungen zu erfolgen ist durch Einführung von besonderen Aufsichtsrats-sitzungen zur Entgegennahme von Arbeiterwünschen.

Abg. Düwelle (U. S.): Es hat überhaupt keinen Zweck, einen oder zwei Vertreter in den Aufsichtsrat zu schicken; sie können ja doch Wünsche der Arbeitnehmer nicht durchdrücken. Abg. Schiele (Dnt.) begründet einen Antrag, wonach bei Ablehnung der von den Deutschnationalen beantragten Streichung des § 70 das eine der beiden Aufsichtsratsmitglieder ein Angehöriger der Arbeiter sein soll. Die Abstimmung über § 70 wird zunächst ausgesetzt. Es folgt die gemeinsame Beratung der §§ 68, 69, 71-77. Abg. Dr. Oeyer (U. S.): Wenn Sie ehrlich wären, sollten Sie den § 72 (Vorgabe einer Betriebsbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung vor dem Betriebsrat) aber doch streichen. Er bedeutet doch nur ein Scheinrecht, das der Arbeiterschaft vorgelegt wird. Die öffentliche Meinung, die heute von der bürgerlichen Presse in Deutschland gemacht wird, wird in sehr großen Teilen bezahlt von der Industrie, vom Unternehmertum. Diese Korruption der bürgerlichen Presse sollte durch die Betriebsräte aufgedeckt und verhindert werden. Bei der namentlichen Abstimmung wird § 70 mit 228 gegen 70 Stimmen angenommen. Desgleichen wird § 72 mit 221 gegen 73 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen angenommen. Die §§ 68, 69, 71-77 werden in einfacher Abstimmung in der Ausschussfassung angenommen. Nach mehr als 18stündiger Sitzung beendet die Nationalversammlung gegen 11 Uhr nachts die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes. Die einzelnen Paragraphen wurden im wesentlichen nach den Wünschen des Ausschusses angenommen. Die dritte Lesung des Betriebsrätegesetzes kann wegen Widerspruchs der Unabhängigen nicht am Sonntag stattfinden und wird in einer besonderen Sitzung am Sonntag mittag 12 Uhr erfolgen.

Die Streifbewegung.

Der Demonstrationstreif gekheitert.

Nach Feststellungen der Großen Berliner Arbeitnehmerverbände beteiligten sich laut „A. B.“ an dem vorgelagerten Demonstrationstreif höchstens 25 Prozent der Arbeiter. Wegen Beteiligung an diesem sogenannten Generalstreik wurden vorgestern und gestern rund 1200 Arbeiter entlassen, meist solche, die der Arbeitsstätte ferngeblieben sind, ohne auch nur ihre Betriebsausweise zu fragen, oder gegen den Willen der Mehrzahl gestreikt haben. Die Arbeiter der Charlottenburger Gaswerke sowie die Fuhrer und Schaffner der Städtischen Straßenbahn haben gestern morgen die Tätigkeit wieder aufgenommen.

Der Stand der Eisenbahnerbewegung in Sachsen.

Die Bewegung unter den sächsischen Eisenbahnern ist, wie die „U. N. R.“ berichtet, trotz der Eingekerkelung, die die Vertreter der Eisenbahner mit dem Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer in Dresden dieser Tage gefunden hatten, noch nicht geklärt. Es wird von unterrichteter Stelle mitgeteilt, daß auch unter dem Eisenbahnbetriebspersonal Leipzigs gegenwärtig in den einzelnen Verbänden und Betrieben Urabstimmungen vorgenommen werden. Bei diesen Abstimmungen wird ein Zeitpunkt festgelegt werden, bis zu dem die Regierung sich erklären soll, ob sie die Forderungen des Betriebspersonals bewilligt. Werden die Wünsche der Eisenbahner bis zu diesem Termin nicht erfüllt, dann würde der Streik als letztes Mittel unvermeidlich sein. In einer Versammlung der Leipziger Eisenbahner am Donnerstag ist beschlossen worden, die von der Regierung ange-

Erregte Tumulte in der Sächsischen Volkskammer.

Es wird in der gestrigen Sitzung zunächst die Ernährungsdebatte fortgesetzt.

Abg. Mat von Stöbel stellt einleitend in der gestrigen Aussprache vorgebrachte Behauptungen richtig und ist der Ansicht, daß wir, um die landwirtschaftliche Produktion zu heben, auf eine andere Wirtschaftsform zukommen. Der Plan des sächsischen Wirtschaftsministeriums bedeutet einen Ausbau der drei landwirtschaftlichen Versuchsanstalten, so daß jede ein Spezialgebiet bearbeitet. Ferner erachte die Regierung die Vertiefung der wissenschaftlichen Ausbildung der Landwirte für ihre Aufgabe.

Abg. Jäger (D. N.). Der Antrag der Mehrheit suche die Macht des Staates zu verkleinern. Man suche einen Stand auszufinden, der ein notwendiger Faktor unserer Volkswirtschaft geworden sei. Der Zwischenhandel solle den ausgebauten Konsumgenossenschaften Platz machen, diese würden nicht einen Wenig billiger arbeiten. Durch diese Heberorganisationen müßte die ganze Lebensmittelbeschaffung zu Grunde gehen. Die Ausschaltung des Zwischenhandels sei auch völlig unmöglich.

Abg. Günther (D.) verurteilt die Erklärungen des Wirtschaftsministers nicht zu befriedigen. Es sei zu bedauern, daß die Bevölkerung durch die übertriebenen Alarmnachrichten über unsere Lebensmittelversorgung beunruhigt werde. Die Ausschaltung des Zwischenhandels durch die Konsumgenossenschaften erzeuge einen Faktor durch den anderen. Man würde nur tausenden von Personen die Existenzbedrohlichkeit. Außerdem verstoße die Befämpfung des Zwischenhandels gegen die Bestimmung der Reichsverfassung.

Abg. Köffel (Unabh.) wendet sich dagegen, daß die Kosten für die Heberorganisationen den Gemeinden übertragen werden. Mit den Ausschüssen selbst, aber nicht mit deren Arbeiten, erklärt er sich einverstanden. Die Art der Schlichtungsbestimmung ist zu dilettantisch und unzulässig. Gegen zwei Mitglieder der Volkstammer, deren Namen er nicht nennt, erhebt er den Vorwurf, daß sie sich auch des Schlichtungsamtes in nicht unerheblichem Maße bedient hätten. Ferner wendet er sich scharf gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Jäger und des Wirtschaftsministers.

Abg. Schenker (Soz.) bewirft den Gemeinleuten der Landwirte. Auch seine Partei sei der Ansicht, daß die Sozialisierung des Großgrundbesitzes nicht im Automobilt tempo geschehen könne.

Abg. Dr. Ventler (D. N.) befragt besonders die Vorgabe für die Kosten der Heberorganisationen. Er äußert rechtliche Bedenken gegen die Heberorganisationen und bemerkt ihre Zweckmäßigkeit, sie seien ungenutzte Produktionsvermögen der Landwirte zu sein. Wenn der Wirtschaftsminister für die Watsche von links die Deutschnationalen verantwortlich mache, so sei das grundfalsch, sie hätten nicht an eine Gegenrevolution, weil das der Regierung nur passen könnte und sie damit ihre Maßnahmen rechtfertigen könne. Seine Partei würde warten bis die Watsche reif wären und herunterfallen. Die Regierung würde schon gekürzt werden.

Abg. Reithold (D. N.) weist mehrere gegen die Landwirtschaft erhobene Vorwürfe zurück und befürwortet einen Ausbau der Wanderlehrkurse.

Wirtschaftsminister Schwarz:

Ob man Deutschnationale oder Kommunisten und Spartakisten hört, ist ganz egal. Ich kann mir Herrn Ventler als Revolutionär nicht vorstellen. Ich würde nicht, was wir mit einer solchen Karikatur anfangen sollten. (Aufe: Ungehört!) Will er die Regierung auf dem Wege der Demokratie beleidigen? (Zuruf des Abg. Ventler: Ja, wohl!) Auf diesem Wege wird es Ihnen nicht gelingen. (Zuruf: Abwarten!) Aus diesem Grunde kommt mir das

botene Lohnherhöhung von 50 Prozent abzulehnen und an der Forderung von 75 Prozent festzuhalten. — Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Engelsdorf bei Leipzig streikten inzwischen weiter. Die zentrale Streikleitung Chemnitz teilt über den Stand der Eisenbahnwerkstättenarbeiterbewegung in Leipzig, Chemnitz und Widaun am Freitag u. a. folgendes mit: Die Werkstätten Leipzig, Chemnitz und Widaun streiken im Streik. Die Werkstätte Widaun klummt sich über großer Mehrzahl vor dem Streik. Der Betriebsdirektion wurde geraten, jede Erregung der Leute zu verhindern, damit die Regierung kein Militär heranzieht.

Ein Anruf an die sächsischen Eisenbahner.

Im Verein der sächsischen Staatsbahnenverwaltung sind die Arbeiter in den Werkstätten Engelsdorf bei Leipzig, Widaun und Chemnitz in den Ausstand getreten, obwohl die Regierung die sofortige Erhöhung der Löhne um 50 Prozent mit Rückwirkung vom 1. Januar dieses Jahres bewilligt hat. Die Arbeiter in den Werkstätten Dresden-Fr. haben es abgelehnt in den Streik mit einzutreten. Die Bediensteten des Betriebes stehen der Streikbewegung fern. Die Generaldirektion hat an die Streikenden folgenden Anruf erlassen:

An die Werkstattdarbeiter!

Die Regierung hat in Anerkennung der wirtschaftlichen Notlage, in der sich die Arbeiterschaft infolge der fortwährenden Erzeugung befindet, die sofortige Erhöhung der Löhne um 50 Prozent mit Rückwirkung vom 1. Januar dieses Jahres ab bewilligt, unbeschadet der Fortführung der Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag. Damit hat die Regierung bewiesen, daß sie bereit ist, begründeten Lohnforderungen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Beträgt doch die laufende Verbrauchsgabe, die damit dem sächsischen Staate aufgebürdet wird, allein für die Eisenbahnarbeiter gegen 120 Millionen Mark jährlich. Trotz dieses schnellen Entgegenkommens haben die Werkstattdarbeiter die Arbeit eingeleistet, um die sofortige Bewilligung des geforderten Zuschlages von 75 Prozent zu erzwingen. Sie schneiden damit die Möglichkeit einer Verständigung ab. Die Generaldirektion bittet die Arbeiterschaft dringend, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wenn die Werkstätten still liegen, kann der Eisenbahnbetrieb auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden. Handel und Industrie werden lahmgelegt, Not und Elend über das ganze Volk heraufbeschworen. Wollen die Werkstattdarbeiter diese schwere Verantwortung auf sich nehmen? Teht will Frankreich endlich die bisher zurückgehaltenen Kriegsangehörigen freilassen, nach deren Rückkehr so viele Tausende von Eltern, Ehefrauen und Kindern schmüchelig aussehnen. Wenn die Werkstattdarbeiter streikten, können die Gefangenen nicht heimgeführt werden. Wollen die Werkstattdarbeiter auch das verantworten? Und wenn sie selbst und ihre Familien in wirtschaftlicher Bedrängnis sind, ist's dann nicht besser wenn sie den jetzt zunächst angebotenen erheblichen Zuschlag annehmen, als daß sie von der Arbeit wegbleiben und

Belastung gerade recht, ich freue mich seiner Offenheit. (Zuruf: Verdrehung!) Die Schuld an unserem Elend fällt auf die Verbrecher in der Konserativen und Deutschnationalen Partei zurück.

Vizepräsident Dr. Dietel: Herr Minister, der Ausdruck „Verbrecher“ in Bezug auf Mitglieder des Hauses ist unparlamentarisch. Auf diese Zurückweisung bin erbebt sich in den Reihen der Unabhängigen großer Lärm, der schließlich in

erregte Tumulten

überhebt. Der Minister wiederholt das Wort „Verbrecher“. Abg. Ventler (nach links): Dort sitzen die Verbrecher! Abg. Wenke (U. Soz.) sprinzt von seinem Platte auf, geht mit gehaltener Faust nach den Plätzen der Deutschnationalen und schreit: Sie Schuft! Abg. Ehring und Tunner folgen ihm und schreien u. a.: Räuberbande! Verbrecherbande! Missethäter! Das Strafgericht kommt noch! Ihnen gehört die Bundeskasse! In dem allgemeinen ungeheuren Lärm weiß man nicht, woher die Schimpfwörter kommen. Es handelt einige Ordnungsleute an die unabhängigen Abg. Wenke, Ehring und an Tunner, Ventler (D. N.) und Minister Schwarz. Endlich vermag sich Vizepräsident Dr. Dietel verständlich zu machen. Er bittet, die parlamentarische gute Sitte zu beachten und erludt den Minister, in seiner Rede fortzufahren, aber möglichst so zu reden, daß nicht wieder solche Szenen herbeigeführt werden.

Wirtschaftsminister Schwarz läßt mit lauter Stimme fort: Ich erachte mich für verpflichtet, Ihnen, Herr Ventler, zu sagen, daß Sie mit Ihrer Politik den Zusammenbruch des deutschen Volkes herbeiführen werden. Aber Sie werden die Erben sein, die am Galgen hängen! (Zu lauter Weisfall auf der äußersten Linken, große Unruhe rechts.)

Nachdem auch dieser Ausbruch von Vizepräsidenten Dr. Dietel als unparlamentarisch gerügt worden ist, fährt Abg. Hellich (Soz.) im heftigen, polemizierenden Tone gegen die Rechte des Hauses im Sinne der Ministerrede fort. Als Berichterstatter des Deutschnationalen Antrages verurteilt sich Abg. Baumeldders gegen die auf ihn während der ganzen Debatte gerichteten Angriffe. Nach einem Schlusswort des Abg. Tennhardt (Unabh.) als Berichterstatter für den Mehrheitsantrag rechnet Abg. Dr. Ventler (D. N.) mit dem Wirtschaftsminister ab. Der Minister habe ihn die Karrikatur eines Revolutionärs genannt und den Galgen in Aussicht gestellt. Er habe nur seiner freien Uebersetzung Ausdruck gegeben. Ein derartiger Vorgang sei noch in keinem deutschen Parlament vorgekommen. Ein Minister, der etwas berattines tue, sei für ihn die Karrikatur eines Ministers.

Abg. Wenke (Unabh.) stellt fest, daß der vorgekommene Skandal hervorgerufen worden sei durch den Zwischenruf des Abg. Ventler. Die Abstimmung über die Anträge ergibt die Annahme des Mehrheitsantrages, der eine Verhärkung der Zwangs-wirtschaft vorschlägt, gegen die Stimmen der Rechten und die Annahme des Antrags auf Schaffung eines parlamentarischen Beirats der Stimmen der Deutschnationalen. Der Gesetzentwurf über die Aufbringung der Kosten für die Heberorganisationen wurde dem Gesetzgebungsausschuss überwiesen und ebenso, gänzlich debattelos, der hierauf zur Beratung stehende Gesetzentwurf, eine Amnestie für die Verurtheilten von Gegenständen des täglichen Bedarfs betreffend.

Das gleiche Schicksal ließ die Kammer nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Dreiser (Soz.) dem Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über das staatliche Kostenverbaurecht vom 14. Juni 1918 zu teil werden. Schluß der Sitzung 2.40 Uhr nachmittags. Nächste Sitzung: Dienstag, den 20. Januar, nachmittags 1 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwurf zur Abänderung des Kirchenaustrittsgesetzes, Interpellation des Finanzwesens betreffend u. a.

dann gar nichts verdienen! Nehmt also die Arbeit sofort wieder auf!

Die Regierung sieht sich angesichts der Verantwortung, die sie dem ganzen Volke gegenüber trägt, gezwungen, jeden, der nicht spätestens Montag, den 19. Jan. d. J. früh die Arbeit wieder aufnimmt, dauernd aus dem Dienst zu entlassen.

Die Generaldirektion vertraut aber, daß die Arbeiterschaft sich von ihrem Beginnen Abstand nehmen und die Arbeit sofort wieder aufnehmen wird, wie das auch ihre preussischen Kollegen getan haben, denen doch auch bisher keine höhere Zulagen bewilligt worden sind. Dresden, 15. 1. 1920.

Die Generaldirektion. Rettig, Präsident.

Eine Enthüllung.

Am 17. Januar.

Der frühere Reichsjustizminister Otto Landsberg sprach vor einer mehrheitssozialistischen Versammlung in Köln über das Thema: Wo stehen wir? Bemerkenswert war eine Enthüllung, die Landsberg gegen den Vorwurf, die deutsche Armee sei von hinten erdolcht worden, vorbrachte und die er erst jetzt nach Friedensschluß der Öffentlichkeit unterbreiten wollte. Hiernach hat am 5. November 1918, also 4 Tage vor der Revolution, im Berliner Kabinett der Plan bestanden, der Entente die Kapitulation Deutschlands anzubieten.

Revolutionäre Unruhen in Frankreich.

Die Drehinformation berichtet aus Paris: In französischen Hafenstädten sind revolutionäre Unruhen ausgebrochen. In Orest, Lyon und Marseille haben Kundgebungen der Arbeiterschaft gegen die Einwilligung Frankreichs in die russischen Angelegenheiten stattgefunden. In mehreren Versammlungen wurde der Generalstreik gepredigt und die Ausrufung der Sowjetrepublik gefordert. Militärische Verstärkungen sind überallhin abgegangen.

Änderung der Militärpolitik gegen Rußland?

Aus Paris wird berichtet: Die Stellung gegenüber Rußland wird jetzt vom Dreierrat behandelt. Wahrscheinlich wird eine vollständige Änderung der bisher von den Alliierten gegenüber Rußland befolgten Politik beschlossen.

Clemenceau kandidiert nicht.

wid. Paris, 10. Januar. (Savas.) Die Mitglieder des Senats und der Kammer traten heute zu einer Vollkammer zusammen, um die Kandidaten

Für die Präsidentschaft zu bezeichnen. Das Ergebnis der Verhandlungen ist folgendes: Deschanel 408, Clemenceau 389, Poincaré 16, Jannart 6, Dou Bourgeois 5 und Koch 1 Stimme. Clemenceau zog daraufhin seine Kandidatur für den Präsidentsposten zurück.

Die Auslieferungsfrage.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meinet: Die Frage der deutschen Kriegsverbrecher sei jetzt endgültig geregelt. Man sei darauf bedacht gewesen, nur die Namen derjenigen Personen auf die Liste zu setzen, die so furchtbare Verbrechen schuldig seien, daß es jeder zivilisierten Nation unmöglich sei, ihnen Unterschlupf zu gewähren. Es würden Schritte unternommen, um dem Verzeichnis der auszuliefernden Personen und der ihnen zur Last gelegten Verbrechen in Deutschland weitestgehende Verbreitung zu sichern. Die Alliierten hätten in den Listen peinlich nachgesehen, daß sie nicht Namen anführten, sondern nur Verantwortlichkeit gegenüber Verbrechen. Daher bestreite nicht die geringste Möglichkeit, die Auslieferung von Männern, wie Hindenburg, Ludendorff oder anderen Generälen zu fordern, die den Krieg führten und sogar rücksichtslos übergriffen hätten. Die britische Liste enthalte natürlich eine Anzahl Namen, die zum Unterseebotskrieg in Beziehung ständen. Ebenso werde die Auslieferung derjenigen gefordert, die ihren Mannschaften befohlen hätten, auf britische Matrosen zu schießen, die nach Torpedierung ihrer Schiffe im Wasser um ihr Leben kämpften. Auch der Fall des Kapitän Frantz werde eine Auslieferung zur Folge haben. Es sei wahrscheinlich, daß auch Tirpitz, dem aus schriftlichen Befehlen die persönliche Verantwortung für die barbarische Führung des U-Boot-Krieges nachgewiesen worden sei, auf der Liste stehe. Der Fall des Kaisers werde mit äußerster Strenge durchgeführt werden.

Die Auslieferung des Kaisers verlanget.

Davos meldet aus Paris: Die Regierungschefs genehmigten am Donnerstag den Wortlaut der Note, die im Namen des Obersten Rates an die holländische Regierung gerichtet wird und die das Begehren auf Auslieferung Kaiser Wilhelms enthält. Die Note, die wahrscheinlich am Sonntag übermittelte wird, bezieht sich auf Artikel 227 des Versailler Vertrages, der die Verletzung des früheren Kaisers in den Anfangszustand vorsetzt. Die Alliierten laden Holland ein, sich an der Erfüllung dieses Wertes der Gerechtigkeit zu beteiligen. Die Note ist in freundschaftlichem Tone gehalten.

Der Prozeß gegen den Grafen Arco Valley.

Gestern begann in München der Prozeß gegen den Grafen Arco Valley wegen der Ermordung Ciesners. Wie die „B. Z. am Mittag“ meldet, erklärte Graf Arco bei seiner Vernehmung, er habe Ciesner getötet, weil er in ihm einen Führer des Bolschewismus erblickte, der den eben erstandenen Freilandbanken an den Bolschewismus verraten wollte. Das Urteil gegen den Grafen Arco lautet auf Todesstrafe. Von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte wurde Abstand genommen. Nach Verkländerung der Urteilsgründe erbat sich Graf Arco das Wort und führte aus, daß er die Konsequenzen ziehen werde. Er habe erfahren, daß drei Kameraden beabsichtigten, ihn zu betreten. Er würde das als eine Tummelzeit annehmen und bittet, davon Abstand zu nehmen. Sie sollen mitnehmen am Wiederaufbau des Vaterlandes, wodurch sie diesem und ihm selbst den größten Dienst leisten würden. Nach diesen Worten erhob sich in dem dicht gefüllten Saal ein noch nie erlebter Beifallssturm. Der Vorsitzende nahm keine Veranlassung, die Grundgedanke zu rügen.

Friede — und was nun?

Von Hans Telbrück.

Der Tag, den das deutsche Volk seit Monaten, seit einem Jahr erhofft hat, der wie eine offene Wunde vor uns immer wieder zurückwirft, der Tag des Friedens ist da. Der Schwerezustand zwischen Waffenstillstand und Reaktivierung hat uns immer neue Belastungen gebracht, und fast möchte man sagen, daß den Wünschen, die den Frieden herbeizulocken, die Stimmung: „Nur ein Ende mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende“ zugrunde lag. Wohl dürfen wir hoffen, daß uns der Frieden die Rückkehr der Gefangenen bringt, und aus diesem Grunde sei der Tag gepriesen, aber von selbstem Tage an beginnt auch die Pflicht, die Lasten des Vertrages zu erfüllen, diese Lasten, von denen wir alle überzeugt sind, daß Deutschland sie nicht zu tragen vermag, und die wir doch mit dem besten Willen, sie zu erfüllen, auf uns nehmen müssen, denn wehe uns, wenn unsere Vertragspartner an unserem guten Willen zu zweifeln Grund hätten. Es ist mehr als mühsam, Zahlen zu spielen, wenn ich darauf hinweise, daß 42 Bestimmungen des Friedensvertrages sofort in Kraft treten und weitere 12 in einer Frist bis zu 30 Tagen; es sind laute Stimmen, die meinen aber sind bitter und schwer. Es genügt, zu sagen, daß in diesem Augenblick das Trauerspiel in Schleswig und in Ostpreußen beginnt.

Es geht nicht anders, als daß wir jetzt uns die Frage vorlegen: Was ist die künftige Aufgabe unserer Außenpolitik? Revanche oder Revision? Die Welt ist voller Kritik, daß die Deutschen wie nach 1871 die Franzosen vom Tage des Friedensschlusses ab all ihr Denken, Trachten und Tun auf die Revanche einrichten werden. Aber sie hat nur zu sehr Grund, sich dieser Sorge zu entschlagen. Die Verhältnisse liegen bei uns ganz anders als bei den Franzosen von Gambetta bis Poincaré. Können wir überhaupt mit der Möglichkeit rechnen, daß wir zu irgendeinem Zeitpunkt imstande sein werden, einen Krieg zu führen?

Wer das glaubt, der verkennt, daß Deutschland nicht nur zerstückelt und entvölkert, sondern auch in die Unmöglichkeit versetzt worden ist, seine Abhängigkeiten wiederherzustellen. Wir haben keine Waffen und Munitionsfabriken, wir haben keine Schiffe mehr. Nicht nur die Engländer, sondern auch die Franzosen wären jeden Augenblick in der Lage, Helgoland zu besetzen und uns von neuem mit der Blockade einzuschließen. Die Regierungsgewalt in Deutschland ist übergegangen an ein Parlament, dessen Übergabe Mehrheit antimilitaristisch gestimmt ist. Jeder Beginn einer Aktion würde von den massenhaften Internationalisten in Deutschland der Welt sofort denunziert werden, und der Friedensvertrag hat uns einen Strich um den Hals, den die Gegner nur zu gerne branden, um uns zu erdrosseln, bis wir tot sind, was sie uns verbieten, und tun, was sie uns befehlen, wenn es in solcher Lage für uns noch einen oder Auser eine Politik der Besondere geben? Was also sollen wir tun, um Deutschland wiederanzurichten? Was kann man noch tun, wenn man auf Gnade und Ungnade verzichten hat?

Wir müssen die Entente davon überzeugen, daß die Welt nur leben kann, wenn Deutschland lebt und arbeitet, daß Deutschland aber in Not und Revolution erkranken muß, wenn die Bestimmungen des Friedensvertrages nicht geändert werden. Beim Fiktus des „Rechts“ Friedens hat immer der Gegner zu der Einsicht gelangen, daß man die Rub, die man will, nicht will, was schlachten darf. Und wie sehr jene

die Mittel, die wir ihnen liefern sollen, nötig haben, das werden sie schnell wissen.

Der Tag, der uns so viele Narben anferlet, schafft aber auch das Instrument, das einzige, das vielleicht der Revanche des Friedensvertrages dienen kann, den Völkerverbund. Die Entschlüsse der letzten 14 Monate haben das Wort und die Sache, die wir vielleicht zu früh mit allzu großem Optimismus betrachteten, in argen Mißkredit gebracht.

Es gehört heute Mut dazu, sich zum Völkerverbund zu bekennen, und zumal nachdem wir erlebt haben, daß das uns urkundlich verbürgte Versprechen, und einen Frieden auf Grund der 14 Punkte zu geschwehen, schamlos gebrochen worden ist, anders ausgedrückt, nach der kläglichen Katastrophe der Versöhnlichkeit Wilsons begegnet man allenthalben einem skeptisch-verächtlichen Lächeln. Es hilft aber nichts, unsere künftige Außenpolitik ist nicht anders als ein riesenhafter Prozeß um unser Recht, das Recht, das man uns in den Grundlagen des Völkerverbundes verlehrt und das man in Verlaßlosigkeiten gebrochen hat, und das darum, vor dem wir Recht suchen müssen, ist der Völkerverbund.

So wie er heute ist, ist er alles andere als ein gerechtes Gericht und scheint nur die Stabilisierung der Macht unserer Gegner, kaum anders werden ihm sich die „Fünf Gewaltigen“, die Friedensmacher von Versailles, bedacht haben. Aber der Rechtsgedanke wird sich als stärker erweisen als das Wort der Fäulnis, das doch nur höchstes Diplomatenwort ist. Noch haben wir vor der Tür dieses Jahrzehnts eines wirklichen Völkerverbundes, und wenn die Tür sich uns auftut, müssen wir nicht, dessen aber müssen wir uns häubig bewußt sein, daß wir Kleinmänner, kleine auch in diesem Völkerverbund, so wenig er schon der wahre Bund der Völker ist. In hohe Interessen Deutschlands sind ihm anvertraut; das höchste Schicksal des Saargebiets, der Kreise Euxen und Palmen, Dantsig und der deutschen Kolonien sind ihm weitestgehend seiner Entscheidung anheimgegeben; nur er kann von Fall zu Fall Änderungen des Friedensvertrages bewirken. Ist das nicht Grund genug, um jeder Schmalwitzpolitik abzulegen und danach zu streben, mitzutun und mitzulassen zu können?

In Rom und Oxford haben vor 100 Jahren die Ideen, die dem Bunde zu Grunde liegen, einen klassischen, wenn auch noch sehr unvollkommenen Ausdruck gefunden. Es ist nur ein Wiederanknüpfen an beste Ueberlieferung deutscher Geistes, wenn wir diese Ideen unserem Völkerverbund näher bringen. Selbst Kreisläufe hat ja schon gesagt, der nationale Gedanke habe sich bei uns zu ausschließlich geltend gemacht, das Weltbürgertum sei zu sehr zurückgetreten. Vielleicht kann die künftige Arbeit deutschen Geistes dazu beitragen, daß der Bund, dessen Schwächen auch in England und Frankreich schon scharfe Kritik erfahren, sich vervollkommene u. das wirklich werde, was sein Name besagt. Wir haben den Krieg unvollständig verloren, jetzt kommt es nach einem Krieg Adolf Dethmanns darauf an, den Frieden zu gewinnen. Das wird ein langer und schwerer Prozeß werden, aber ein Prozeß, der mehr Nutzen bietet als das ausfalllose Ergebnis eines neuen Krieges, denn auf unserer Seite steht der beste Geist, das Recht. Nur eine Politik, die sich auf diesen Boden stellt, kann heute Realpolitik heißen, nur sie wird Früchte tragen, von denen vielleicht nicht mehr wir Alten, aber doch unsere Kinder zehren können.

Tagegeschichte.

Deutsches Reich.

Die deutschen Geschäftsträger. In deutschen Geschäftsträger sind ernannt: London: Senator Stamer (Kamburg); Paris: Reichsminister a. D. Dr. Mayer-Kaufmann; Brüssel: Reichsminister a. D. Dr. Landsberg; Madrid: Gesandter Dr. Rosen; Wien: Gesandter von Rosenburg; Lofko: Staatssekretär a. D. Dr. Solf; Rom: Freiherr v. Lucius; Prag: Prof. Sanger; Haag: Oberst Renner. In Stockholm wird der Gesandte von Lucius durch den Gesandten Rabolup ersetzt. Der Gesandte Adolf Müller verbleibt auf seinem Posten in Bern. Wie das „Berl. Tagbl.“ hört, ist der Vorkriegs-Geschäftsträger in Belgrad dem Mitglied des badienischen Staatsministeriums und demokratischen Abgeordneten Dr. Ludwig Haas angeboten worden. Ludwig Haas, der in Berlin weilte, hat sich Bedenken erhoben.

Die deutsche Protokolle. Die Reichsregierung hat dem Freiherrn von Lermer in Paris zur Uebermittlung an die Entente eine Protokolle gegen die Verordnungsbehörde der interalliierten Rheinlandschaftskommission zugeben lassen. In der Note heißt es u. a.: Mit Versehen muß die deutsche Regierung feststellen, daß die Rheinlandschaftskommission auf dem Verordnungswege Bestimmungen schaffen will, die mit Sinn und Wortlaut des Rheinlandschaftsvertrages und mit den wiederholten Versicherungen der Vertreter der Alliierten und assoziierten Mächte in scharfem Widerspruch stehen und sich als Eingriff schwerster Art in die Verwaltungs- und Justizhoheit des Deutschen Reiches, sowie in die staatsbürgerlichen Rechte der Bewohner der Besatzungsgebiete darstellen.

Bismarcks Erinnerungen. Die Verhandlung vor dem Landgericht Stuttgart wegen des dritten Bandes der Bismarck-Erinnerungen endete mit der Mitteilung, daß der Gerichtsbescheid am 24. Januar verkündet wird. In der Verhandlung wurde bekannt gegeben, daß im Vertrage Cottus mit Bismarcks Familie die Veröffentlichung vorgelegen war. Die Familie, besonders Herbert, arbeitete an der Drucklegung mit. Inzwischen sind diese Arbeiten abgebrochen. Neuerdings begann die Familie wieder mit Verhandlungen. Ein Protokoll Herberts erfolgte nicht. Vom Rechtsvertreter des Kaisers wurde gefast, daß die Briefe unbedenklich geäußert, daß Bismarcks Familie mit der Veröffentlichung nicht einverstanden und Bismarck selbst, wenn er noch lebte, dagegen wäre. Der Verteidiger Cottus erklärte, der Band werde insgesam gedruckt und demnächst in Schweden veröffentlicht werden. Bismarck habe drei Briefe des damaligen Prinzen Wilhelm von 1887/88 an die Spitze gestellt, die zur Bekundung, daß damals das Bewußtsein begann. In diesen Briefen legte der Prinz die Idee eines Komitees für innere Mission mit Stöcker dar. Das Bismarcks Antwort schrieb der Prinz einen dritten Brief, der hat, die verlasten Erlasse an die Bundesstaaten zu verbreiten. Darauf hat Bismarck den Prinzen, er möge die Handbemerkungen unterlassen, die er schon damals auf Akten legte. In einem weiteren Briefe warnte Bismarck vor Clementen, die gemißt seien, einen russischen Krieg herbeizuführen. Darauf antwortete der Prinz, er sei gegen einen Präsidentenkrieg und begriffe die Milde Deutschlands nach dem Kriege. Der Reichsbescheid des Prinzen Wilhelm wünschte die Anbahnung eines Verhältnisses mit Bismarck. Der Streitwert des Prozesses wird von beiden Parteien den Gerichten gegenüber mit einer halben Million Mark angegeben.

Die Finanzkonferenz. Führende Politiker und Finanzmänner von neutralen Ländern und Englands veröffentlichten einen Aufruf zum Aufammentritt einer Finanzkonferenz zum Wiederaufbau Europas.

Vord Bismarck. Der neuernannte englische Geschäftsträger für Berlin, hat dem Reichsminister des Auswärtigen sein Beglaubigungsschreiben übergeben.

Italien.

Die katholische Volkspartei in Italien erklärt, daß weder das italienische Volk noch das Parlament seine Zustimmung zu einem militärischen Abkommen mit Frankreich geben werde.

Der Friedensvertrag, der der ungarischen Delegation in Paris überreicht wurde, laut sich in gleicher Weise auf wie der Vertrag von St. Germain.

In der zweiten Kammer wurde ein Antrag auf Bewilligung eines Kredits von drei Millionen Kronen für Deutschland zum Einkauf frischer Getreide an der schwedischen Westküste eingebracht.

Nichtamtlicher Bericht über die öffentliche Gemeindeversammlung in Gröda (Zentralschule) am 10. Januar 1920. (Schluß.)

5. Berichterstatter Herr Münch.) Einer Verfügung der Amtshauptmannschaft zufolge wird den Gemeinden anheim gegeben, den Bezirksbehörden einmaltige Beihilfen zu gewähren, da die Gebühren den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Bei einem von der Gemeinde zu zahlenden Mindestbetrag von 500 Mark an eine Behörde leistet der Staat einen Aufschlag von je 250 Mark für jede Behörde. Der Verwaltungsausschuß empfiehlt die Gewährung einer Beihilfe von je 500 Mark an die beiden am Orte tätigen Bezirksbehörden. Bei der Staatsregierung soll die Gewährung der Zuschüsse beantragt werden. Das Kollegium tritt diesem Vorschläge bei. Dem Beisitzer geht eine Ausdrucksache voraus, in welcher Herr Pentzsch einer Kommunalisierung des Gemeindewesens das Wort redet, worüber der Allgemeinheit auf diesem Gebiete am besten gebietet sei. Herr Gemeindevorstand erklärt hierzu, daß die Regelung dieser Frage von der Staatsregierung in Vorbereitung ist.

6. Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Gantner.) Nach dem provisorischen Rechnungsablaufe für die Volksschule ist für das vergangene Jahr ein Fehlbetrag von circa 2500 Mark zu erwarten, was auf das immer weitere Sinken der Zahl der ausgetretenen Portionen zurückzuführen ist. Während die Zahl Anfang 1919 noch 10- bis 12000 Portionen betrug, ist sie gegenwärtig auf 4- bis 5000 monatlich zurückgegangen. Dabei sind die Unterhaltungskosten infolge der erhöhten Röhre und Lebensmittelpreise, im Zusammenhang des Rationalisierungsverfahrens, um ein Drittel mehr geworden. Der Wirtschaftsausschuß hat sich mit der Frage beschäftigt, wie die unentbehrlichen Beschäftigten die Volksschule weiterzuführen soll oder einstellen sei. In letzterem Falle müßte der Preis für eine Mittagsportion von 75 auf 125 W. und für eine Abendportion von 150 W. auf 200 W. erhöht werden, um die Selbstkosten zu decken. Zuschüsse aus Gemeindefonds müßten unter allen Umständen vermieden werden. Der in diesem Jahre entstandene Fehlbetrag könnte aus den bei der Volksschule erzielten Ueberflüssen aus veräußerten Lebensmitteln usw. gedeckt werden. Der Gemeindevorstand beschließt, die Preise ab 20. Januar in der vom Wirtschaftsausschuß vorgezeichneten Weise zu erhöhen. Sollte der Umlauf dann noch weiter zurückgehen, würde die Einstellung des Unternehmens zu beschließen sein.

7. Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Hans.) Der Kirchenvorstand hat das Ansuchen des Gemeindevorstandes, den Friedhof in die Unterhaltung der polizeilichen Gemeinde zu übernehmen, abgelehnt. Daraufhin hat der Gemeindevorstand die Entscheidung der Kirchenverwaltung angegriffen, die ihren Standpunkt dahin kennzeichnet, daß der Friedhof Eigentum des Kirchenlehms sei und als solches nur durch Kauf in den Besitz der Gemeinde übergehen könne, wozu aber das Landeskonsistorium seine Genehmigung nicht erteilen würde. Im Verwaltungsausschuß ist die Möglichkeit für die Anlegung eines Gemeindefriedhofes erwogen, doch sei die Zahl der konfessionslosen Personen in der Gemeinde noch zu klein, zur Durchführung dieses Planes. Herr Horn erklärte, es sei natürlich zu erwarten gewesen, daß die Kirche ihre Macht nicht freiwillig aus der Hand gebe, aber die Gemeindegemeinschaft müsse ihren Willen zur Verwirklichung des Planes zum Ausdruck bringen. Was zur weiteren Regelung sei der Verwaltungsausschuß zu beauftragen, mit dem Kirchenvorstand darüber Verhandlungen zu pflegen, wie den Wünschen der Gemeinde, außerhalb der Kirche stehender Kreise der Einwohnerlichkeit bei der Begräbnisrechnung zu tragen sei. Der Gemeindevorstand beschließt im Sinne dieses Vorschläges.

8. Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Gantner.) Nachdem einige nicht mehr zeitgemäße Bilder aus dem Sitzungssaal entfernt worden sind, hat der Gemeindevorstand aus seiner Mitte Anregung gegeben für Beschaffung eines neuen Wandschmudes. Der Ausschuß für Kunst und Volkshilfen ist zu diesem Zwecke mit verschiedenen Kunstvereinen, wie Heimat- und Kulturverein, in Verbindung getreten, um die Möglichkeit für die Erlangung von Entwürfen über Originale von Künstlern zu prüfen. Besonders habe der Ausschuß sich an die Stadtverwaltung in Weihen angewandt, wo zur Zeit ein Wettbewerb an die Künstler ausgeschrieben sei. Man hat sich bereit erklärt, die Entwürfe, soweit diese unbedenklich bleiben, der hiesigen Gemeinde vorzulegen. Zur Beschaffung der Entwürfe hat der Verwaltungsausschuß eine Kommission, bestehend aus dem Gemeindevorstand Herrn Gemeindevorstand Gantner, Horn, Kammel und Lehrer Gläcker, vorgeschlagen. Es bestehe Aussicht, aus staatlichen und privaten Kunstfonds einen Betrag zu den Anschaffungskosten zu erhalten. Herr Kraupe hält den gegenwärtigen Zeitpunkt für die Beschaffung eines gewis mit sehr hohen Kosten verbundenen Wandschmudes für wenig geeignet. Die Finanzlage der Gemeinde sei keine allzu rosige und die Beschaffung war an den notwendigen Wirtschaftsgeldern in der Gemeinde sehr groß. Herr Gemeindevorstand erklärt, daß es sich zunächst nur darum handele, festzustellen und zu prüfen, ob es möglich ist, im Rahmen unserer Mittel die Anschaffung zu machen. Werden die Kosten unsere Verhältnisse übersteigen, so verbiete sich der Ankauf von selbst. Herr Horn tritt den Ausführungen des Herrn Kraupe entgegen. Es sei Pflicht des Gemeindevorstandes, Kulturbedürfnisse Rechnung zu tragen und den Schönheitsfaktor in der Gemeinde zu fördern. Dies könne natürlich nur geschehen, so weit die Gemeinde finanziell dazu in der Lage sei. Sollten die Kosten für ein Original zu hoch sein, so genüge schließlich auch eine gute Fälschung. Jedenfalls finde der Wunsch, den Raum, in welchem die Gemeindevorstandsversammlung für das Wohl der Gemeinde tagt, würdig auszustatten, vielseitiges Verständnis. Das Kollegium beschließt hierauf, die vom Verwaltungsausschuß vorgeschlagene Kommission mit den weiteren Schritten zu beauftragen.

9. Herr Gemeindevorstand Hans gibt bekannt, daß mit der Oberpostdirektion Dresden neue Verhandlungen über die weitere Ueberlassung der Posträume im Gemeindeamt, getroffen worden seien. Darnach beträgt ab 1. April 1920 die Mietentgeltzahlung jährlich 600 Mark was für die Heizung 400 Mark. Die bedauerliche Kündigung wird auf 1 Jahr festgelegt. — Zur Kenntnis gebracht wird ein Antwortschreiben des Eisenbahnbeamten Nieß, worin die von der Gemeinde gewünschte Anschaffung der Straße über die Nachstraße zugestimmt wird. — Der Gemeindevorstand Schmidt erteilt Bericht über die Tätigkeit des Wohlfahrtsvereins im vergangenen Jahre über die Angelegenheiten im neuen Jahre. Es wurde sich für die Fest des vergangenen Jahres zur Bekundung der Sache, die Bewilligung eines Bedarfsgeldes erforderlich, welches

